

An die Lokalredaktionen
der Stuttgarter Medien

Stuttgart, 19. Dezember 2018

Pressemitteilung

Stuttgart setzt Zeichen für die Integration von Geflüchteten!

Auf Antrag der Fraktionen der GRÜNEN und der SPD, der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS und der Gruppe der FDP im Stuttgarter Gemeinderat unterstützt die Landeshauptstadt Stuttgart die Initiative „Aus Seenot gerettete Geflüchtete vom Mittelmeer aufnehmen“. In einem Brief an Bundeskanzlerin Merkel schreibt Oberbürgermeister Fritz Kuhn: ‚Zäune und Mauern lösen die Not der Geflüchteten nicht, stattdessen braucht es ein gerechtes Verteilsystem auf europäischer Ebene.‘

Weiter heißt es in dem Schreiben des Oberbürgermeisters: ‚Es ist dringend geboten, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern, wir wollen unseren Beitrag dazu leisten.‘ Der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Stuttgarter Rathaus, Andreas Winter, begrüßt diese Klarstellung gegenüber der Bundesregierung. Die nun vorliegende Stellungnahme der Stadt Stuttgart zum Antrag ‚Aus Seenot gerettete Geflüchtete vom Mittelmeer aufnehmen‘ und der Brief an Bundeskanzlerin Merkel bekräftigt die eindeutige Haltung der Landeshauptstadt, in Not geratene Menschen in bewährtem Stuttgarter Geist aufzunehmen und nach dem Stuttgart Weg unterzubringen.

Anlage: Antrag „Aus Seenot gerettete Geflüchtete vom Mittelmeer aufnehmen“
Stellungnahme zum Antrag
Brief an die Bundeskanzlerin Merkel

Rathaus Stuttgart
Zimmer 8
Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Tel: 0711/216-60724
0711/216-60722
Fax: 0711/216-60725

gruene.fraktion@stuttgart.de
www.lust-auf-stadt.de



Antrag vom 19.10.2018	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion, SPD-Gemeinderatsfraktion, Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS, FDP
Betreff
Aus Seenot gerettete Geflüchtete vom Mittelmeer aufnehmen

Wir beantragen:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart erklärt seine Bereitschaft, speziell aus der Seenot gerettete Geflüchtete vom Mittelmeer aufzunehmen und setzt sich gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dies zu ermöglichen.

Angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer sind auch wir als Stadt Stuttgart aufgerufen, Verantwortung zu übernehmen und uns für die Aufnahme von geretteten Geflüchteten aus dem Mittelmeer einzusetzen. Inzwischen haben sich bereits mehrere europäische Städte, darunter Barcelona und Neapel wie auch die Städte Köln, Bonn und Düsseldorf, bereit erklärt, diese Menschen aufzunehmen.

Die Oberbürgermeister*innen der Städte Köln, Düsseldorf und Bonn appellierten mit einem Schreiben an die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, „ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter“ zu setzen. Ebenso erklärte sich der Berliner Senat bereit, Bootsflüchtlinge aufzunehmen. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) forderte von der Bundesregierung, „dass sie alles unternimmt, um diese humanitäre Krise vor unserer Tür zu beenden“. Weiter sagte er: „Und ich kann das auch für unsere Koalition hier in Berlin sagen, dass wir natürlich bereit sind, Menschen zu helfen, die Schutz und Sicherheit suchen.“ In zahlreichen Städten in der Bundesrepublik protestierten in den letzten Wochen tausende Bürger*innen für die Rettung von Geflüchteten im Mittelmeer.

Eine Mehrheit in Europa ist für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Die seit Jahren gezeigte große Hilfsbereitschaft auch in unserer Stadt wollen wir uns nicht durch verantwortungsloses Gerede auch hochrangiger Politiker untergraben lassen.

Deswegen wollen wir uns als Stuttgarter Gemeinderat der Bereitschaftserklärung und Vorgehensweise anderer deutscher und europäischer Städte anschließen. Als weltoffene Stadt der Integration und der Vielfalt und angesichts der Tatsache, dass es täglich Todesopfer im Mittelmeer gibt, halten wir es für unsere Pflicht, ein Zeichen der Humanität zu senden.

In den letzten Monaten wurden immer mehr Schiffe daran gehindert, in Seenot geratene Geflüchtete zu retten. Der Versuch, die Lebensretter*innen zu kriminalisieren, ist ein unerträglicher Eingriff in das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Seenotrettung ist weder eine Sache von „Pro und Contra“ noch verhandelbar. Es muss eine Pflicht und Selbstverständlichkeit aller sein. Es muss sichere Fluchtwege geben und eine Entkriminalisierung ziviler Seenotrettung. Die Festsetzung von Schiffen mehrerer Organisationen wie der „Sea Watch“, „Sea Eye“ und „Lifeline“ muss sofort beendet werden.

Der Gemeinderat fordert Oberbürgermeister Fritz Kuhn auf, sich wie die Städte Köln, Bonn und Düsseldorf bei der Bundesregierung für obige Ziele einzusetzen und zu erklären, auch Stuttgart will und kann in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen.



Andreas Winter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gemeinderatsfraktion



Anna Deparnay-Grunenberg
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Gemeinderatsfraktion



Martin Körner
Fraktionsvorsitzender
SPD-Gemeinderatsfraktion



Hans-Peter Ehrlich
SPD-Gemeinderatsfraktion



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender
SÖS-LINKE-Plus
Fraktionsgemeinschaft



Luigi Pantisano
SÖS-LINKE-Plus
Fraktionsgemeinschaft



Dr. Matthias Oechsner
Gruppensprecher
FDP



Sibel Yüksel
FDP

Landeshauptstadt Stuttgart
Der Oberbürgermeister
GZ: *08 4233-00*

Stuttgart, *07. Dez. 2018*

Stellungnahme zum Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion, FDP, Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS, SPD-Gemeinderatsfraktion
Datum 19.10.2018
Betreff Aus Seenot gerettete Geflüchtete vom Mittelmeer aufnehmen

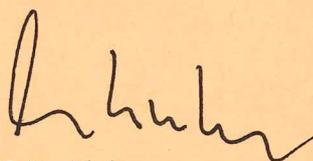
Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Die Landeshauptstadt Stuttgart begrüßt die Initiative der Städte Köln, Düsseldorf, Bonn und anderer deutscher und europäischer Städte, die ihre Bereitschaft gegenüber der Bundesregierung ausgesprochen haben, Menschen aus der Seenotrettung aufzunehmen und schließt sich dieser Erklärung an. Ich habe die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel mit einem Schreiben darüber informiert (Anlage).

Es braucht eine europäische Lösung für die Aufnahme, Rückführung oder aber Integration der ankommenden Menschen. Bis diese gefunden ist, ist es dringend geboten, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern. Auch in Stuttgart werden wir selbstverständlich auch in Zukunft Menschen aufnehmen, die nach einer Rettung aus Seenot in anderen EU-Ländern als Asylsuchende ankommen. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit und Solidarität innerhalb der Europäischen Union. Die Verteilung der Geflüchteten in Deutschland muss im bewährten Verfahren erfolgen.

Wir werden die Flüchtlinge im bewährten Stuttgarter Geist aufnehmen und nach dem Stuttgarter Weg unterbringen.



Fritz Kuhn

Ländeshauptstadt Stuttgart
Der Oberbürgermeister

STUTTGART



Hausadresse:
Rathaus, Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Postadresse:
70161 Stuttgart

Telefon (07 11) 2 16-0
Fax (07 11) 2 16-60686
E-Mail ob.buero@stuttgart.de

GZ: OB

3. Dezember 2018

Aus Seenot gerettete Geflüchtete

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

die menschliche Katastrophe im Mittelmeer hält unvermindert an und hat erschreckende Ausmaße erreicht. Seit Anfang des Jahres sind über 1.400 Menschen an den Grenzen der Europäischen Union gestorben: Allein im Juni ertranken 629 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer - unter anderem als unmittelbare Folge der Behinderung und Kriminalisierung von privaten Initiativen zur Seenotrettung.

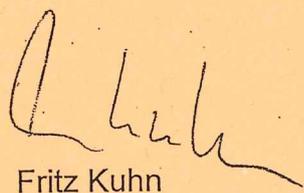
Dies widerspricht dem Kern der Europäischen Idee und zerstört ihre Basis aus Humanismus, Aufklärung und Menschenrechten.

Die Landeshauptstadt Stuttgart schließt sich mit diesem Schreiben der Initiative der Städte Düsseldorf, Köln und Bonn vom Juli dieses Jahres an und erklärt, dass sie in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen kann und will, so wie es auch schon weitere Kommunen in Deutschland angeboten haben.

Zäune und Mauern lösen die Not der Geflüchteten nicht, stattdessen braucht es ein gerechteres Verteilsystem auf europäischer Ebene. Wir stimmen mit Ihnen überein, dass es eine neue europäische Lösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten geben muss.

Bis dahin wollen wir mit unserer Erklärung ein Signal setzen für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration von Geflüchteten. Es ist dringend geboten, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern, wir wollen unseren Beitrag dazu leisten. Die Verteilung der Geflüchteten in Deutschland muss im bewährten Verfahren erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Fritz Kuhn', written in a cursive style.

Fritz Kuhn